

Elmar Altvater/Joachim Bischoff/Rudolf Hickel/
Joachim Hirsch/Dierk Hirschel/Jörg Huffschmid/
Karl Georg Zinn



Krisen Analysen

Elmar Altvater/Joachim Bischoff/Rudolf Hickel/Joachim Hirsch/
Dierk Hirschel/Jörg Huffs Schmid/Karl Georg Zinn
Krisen Analysen

Elmar Altvater, Dr., Professor i.R. für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Letzte Buchveröffentlichungen: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, 6. Aufl. Münster 2009; (mit Birgit Mahnkopf) Konkurrenz für das Empire – Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007.

Joachim Bischoff, Dr., Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus. Letzte Buchveröffentlichungen: Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg 2009; Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die »neue Fesselung« des Kapitals, 3. Aufl. Hamburg 2008.

Rudolf Hickel, Dr., Professor i.R. für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen, seit 2001 Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) in Bremen. Mitbegründer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandum-Gruppe). Letzte Buchveröffentlichung: Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik, Hamburg 2006.

Joachim Hirsch, Dr., Professor i.R. für Politikwissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a.M., Mitarbeit bei links-netz, Vorstandsmitglied von medico international. Letzte Buchveröffentlichung: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005.

Dierk Hirschel, Dr., Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) sowie Chef-Ökonom des DGB. Letzte Buchveröffentlichung: Einkommensreichtum und seine Ursachen. Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen, Marburg 2004.

Jörg Huffschnid, Dr., Professor em. für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, Mitbegründer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandum-Gruppe), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Letzte Buchveröffentlichungen: Wie geht Privatisierung? AttacBasis-Texte 28 (im Erscheinen: Hamburg 2009); (als Mitherausgeber) Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter?, Hamburg 2007.

Karl Georg Zinn, Dr. Professor em. der Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie) der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Letzte Buchveröffentlichungen: Die Keynesche Alternative, Hamburg 2008; Wie Reichtum Armut schafft, 4. Aufl. Köln 2006.

Elmar Altvater/Joachim Bischoff/Rudolf Hickel/
Joachim Hirsch/Dierk Hirschel/Jörg Huffs Schmid/
Karl Georg Zinn

Krisen Analysen

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-343-4

Inhalt

Elmar Altvater

Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik	7
---	----------

Joachim Bischoff

Globale Wirtschaftskrise	27
Deutungsansätze und Bausteine zur theoretischen Einordnung	

Rudolf Hickel

Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus	45
Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Ursachen und Lehren	

Joachim Hirsch

Die Krise des neoliberalen Kapitalismus: Welche Alternativen?	75
--	-----------

Dierk Hirschel

Nach der Krise ist vor der Krise	89
---	-----------

Jörg Huffs Schmid

Europäische Perspektiven im Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise	105
---	------------

Karl Georg Zinn

Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte	119
Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen	

Elmar Altvater

Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik

Die globale Finanzkrise verursachte seit 2007 Billionenverluste, in ihrem Gefolge gehen inzwischen Abermillionen Arbeitsplätze verloren, ganze Industriezweige brechen weg und die Masseneinkommen sinken. Nicht nur aus der Bankenwelt erreichen uns tagtäglich Verlustmeldungen, industrielle Konzerne, die einst der Stolz ganzer Nationen waren, oder Warenhausketten brechen zusammen. Als ob das nicht schon reichte, hat das »Global Humanitarian Forum«, dessen Präsident der ehemalige Generalsekretär der UNO Kofi Annan ist, Ende Mai 2009 einen Report zum Klimawandel publiziert, der mit »Anatomie einer stillen Krise« betitelt ist, aber einen Aufschrei auslösen müsste. Denn bereits heute sterben an die 300.000 Menschen jährlich an den direkten und indirekten Folgen des Klimawandels, die Lebensbedingungen von 325 Millionen Menschen sind davon ernsthaft betroffen und die in Geld berechneten Verluste belaufen sich auf jährlich 125 Mrd. US-Dollar. Wenn das alles wäre... Doch gleichzeitig leiden Milliarden Menschen Hunger und die fossile Energieversorgung wird in Zukunft nicht gesichert sein.

Auch wenn der Zusammenhang der Krisenerscheinungen sich aufdrängt, gebietet die Darstellung ein Nacheinander, ohne dass damit der systemische Zusammenhang aufgelöst wird. Daher beginnen wir mit Ursachen und Verlaufsformen von Finanz- und Wirtschaftskrise, bevor im Zusammenhang mit Irrwegen der Politik gegen die Krise auch die humanitären Krisen, die Krisen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses angesprochen werden.

Die »Mutter aller Krisen«: Die kapitalistische Produktions- und Konsumweise

Die Krise hat spätestens 2008 das Finanzgehege verlassen und wächst sich – entgegen den Mutmaßungen vieler, selbst kritischer Ökonomen – zur schweren Krise der »realen« Wirtschaft aus. Offenbar ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen – trotz der staatlichen Subventionen und Bürg-

schaften in der noch vor kurzem absurd erscheinenden Höhe von einigen tausend Mrd. US-Dollar beiderseits des Atlantik und inzwischen auch in Japan, China, Russland und Lateinamerika.

Die Schaubilder in den Reports von IWF, OECD, EU oder EZB illustrieren den deprimierenden Zustand der Weltwirtschaft: Das Sozialprodukt geht dramatisch zurück, die Auftragseingänge brechen ein, der Welthandel schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft, der Druck auf die Masseneinkommen wird größer. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken, sodass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird, zumal viel Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Ein Fünftel des Sozialprodukts schlucken Banken und andere Finanzinstitutionen zur Kompensation ihrer Verluste aus öffentlichen Mitteln und durch den Austausch fauler Papiere gegen gutes Zentralbankgeld. Die Umverteilungsmaßnahmen und der Staatseingriff dienen der Rettung angeschlagener Finanzinstitutionen und Unternehmen und sind keineswegs dazu gedacht, eine gesellschaftliche Kontrolle über die außer Rand und Band geratene Wirtschaft auszuüben. Da seien Merkel, Steinbrück, Westerwelle und Scheel vor.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise lieferte auch ein Totschlag-Argument für die klimapolitischen Bremser: Das Hemd ist bekanntlich näher als der Rock. Die Kosten des Klimawandels von heute tragen vor allem Menschen im globalen Süden, doch sie werden auch die Industrieländer belasten. Dabei sind die monetären Kosten sogar weniger bedeutsam als die irreversiblen Schädigungen der Natur und die Auswirkungen auf die Evolution des Lebens, die monetär gar nicht darstellbar sind. Die horrenden Kosten der Finanzkrise haben auch vergessen lassen, dass nach FAO-Angaben mindestens 923 Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden, dass alle sechs Sekunden ein Mensch den Hungertod stirbt, und dass die Energiekrise wegen der Begrenztheit der fossilen Ressourcen (»Peakoil«) keineswegs vorüber ist, sondern im Gegenteil ein gefährliches Konfliktpotenzial um die Verteilung der letzten Tropfen Öl birgt.

Die gegenwärtige Finanzkrise ist kein Novum in der Geschichte des Kapitalismus. Unzählige Menschen haben in den historischen Finanz- und Wirtschaftskrisen viel verloren, und das wird in dieser globalen Krise nicht anders sein. In Finanz- und Wirtschaftskrisen ging und geht »nur« Geld verloren, und deshalb kollabiert das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind eine Art »Jungbrunnen« des Systems, das durch »schöpferische Zerstörung«, so Josef A. Schumpeter (1950), in den Krisen seine Herrschaftsbasis erneuert. Das war auch Karl Marx klar: »Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen

Joachim Bischoff

Globale Wirtschaftskrise

Deutungsansätze und Bausteine
zur theoretischen Einordnung

Das Ende der aktuellen Finanzkrise und der Krise der Globalökonomie, die im Frühjahr 2007 begann, ist noch nicht absehbar. Wie sollte es auch: Wir haben es mit einer Jahrhundertkrise zu tun. Seit Mitte des Jahres 2008 ist offenkundig: Die Krise der Globalökonomie kann nicht mehr aufgehalten, sondern bestenfalls abgemildert werden. Verhindert werden kann allerdings, dass sich aus der schweren Rezession eine langjährige Depression – vergleichbar der Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – entwickelt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt eine ungeheure Dynamik, weil alle Kontinente und Länder in den Schrumpfungsprozess einbezogen sind.¹

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist mehr als eine folgenreiche, langwierige Schrumpfung und Reportionierung der gesellschaftlichen Sphären. Sie ist das Ende des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und stellt somit auch die bisherige Form der Globalisierung in Frage. Die massive Finanzkrise hat den sozialen Hintergrund, dass sich das »moneyed Capital« auf Grundlage einer Machtverschiebung in den Fraktionen der besitzenden Klassen einen überproportionalen Anteil am gesellschaftlichen Surplus sichern wollte.

Der Finanzmarktkapitalismus oder die finanzmarktgetriebene Kapitalakkumulation ist keine eigenständige Entwicklungsetappe in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts und des Sieges über den Faschismus verallgemeinerte sich in allen kapitalistischen Hauptländern eine bestimmte Betriebsweise des Kapitals. Der gesellschaftlichen Betriebsweise des Fordismus entsprach ein spezifisches Finanzregime, eine abgestimmte Handelspolitik der hochentwickelten kapitalistischen Länder und eine Reihe nationalstaatlich geprägter institutioneller Kompromisse im Bereich des Arbeitsrechts, der Einkommens- und Verteilungspolitik sowie der Ausgestaltung der sozi-

¹ Vgl. zu den empirisch-theoretischen Aspekten Bischoff, J. (2009): Jahrhundertkrise des Kapitalismus, Hamburg; ders. (2008): Globale Finanzkrise, Hamburg; ders. (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus, Hamburg.

alen Sicherheit. Seit Mitte der 1970er Jahre treten deutliche Phänomene einer chronischen Überakkumulation in Erscheinung.

Was heißt strukturelle Überakkumulation? Es geht bei der Betrachtung der kapitalistischen Gesellschaft nicht darum, dass zu viel Reichtum produziert wird, wir also mit einer Überproduktion oder Unterkonsumtion konfrontiert sind. Die kapitalistische Gesellschaftsformation zeichnet sich durch beständige Akkumulation, also Erweiterung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion aus. Es wird periodisch zu viel in seinen kapitalistischen, also gegensätzlichen Formen produziert. Die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige, die widersprüchlichen Verteilungsverhältnisse sowie die darauf basierende sozial differenzierte Konsumtionskraft wird in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften durch das Kredit- und Geldsystem vermittelt.

Chronische oder strukturelle Überakkumulation heißt, dass in diesem Reproduktionsprozess die Neuanlage von Kapital nur erfolgreich ist, wenn noch fungierendes Kapital aus der Position im Verwertungsprozess verdrängt wird. Da dies mit Hilfe von Kredit- und Leihkapital erfolgt, das sich wegen dieser Funktion selbst einen höheren Anteil am gesellschaftlichen Surplus aneignen kann, geht es in krisenhaften Prozessen zur Bereinigung der Überakkumulation auch immer um Finanzkrisen.

So stellt sich auch der aktuelle Krisenprozess vor dem Hintergrund einer Überakkumulation dar: Das enorm gewachsene Gewicht der Eigentums- und Vermögensbestände bricht sich über die Bewegung des Geldkapitals Bahn. Mit dem enormen Wachstum des Kreditsystems und der Eigentums- und Besitztitel entwickelt sich eine umfangreiche Branche von Finanzleuten, Vermögensverwaltern, Maklern etc., die gleichwohl immer größere Schwierigkeiten hatten, die akkumulierten Ersparnisse profitabler anzulegen. Die chronische Überakkumulation in der Realwirtschaft setzte sich im Bereich der Geldkapitalakkumulation in einen dynamischen Prozess der Kreditvolumina und der verschiedenen Anlageformen von Leihkapital um.

Zwei Punkte sind für Deutungsversuche, die in der marxistischen Tradition stehen, wichtig: Zum einen werden durch die Vermittlung des Kredit- und Leihkapitals selbst Ansprüche auf den gesellschaftlichen Ertrag aufgebaut. Wenn sich zum zweiten in der längeren Sicht diese Ansprüche dynamischer entwickeln als der gesellschaftliche Akkumulationsprozess, dann entsteht eine potenzielle Krisenkonstellation. Diese spezifische Ausprägung der finanzmarktgetriebenen Akkumulation ist im Frühjahr 2007 massiv in eine Krise abgestürzt, deren Ausmaß und Tragweite sowie deren harter ökonomischer Kern Thema der politischen wie empirisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird.

Rudolf Hickel

Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus

Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Ursachen und Lehren

1. Weltwirtschaft am Abgrund: Ein neuer Krisentyp?

In der Studie zur Analyse der Weltwirtschaft vom April 2009 wird durch den Internationalen Währungsfonds das bisher nicht gekannte und für möglich gehaltene Ausmaß der aktuellen Wirtschaftskrise abgeschätzt: Erstmals seit 60 Jahren schrumpft in diesem Jahr die Weltwirtschaft. Die Ökonometriker des IWF rechnen beim Bruttoinlandsprodukt 2009 mit einem Minus von 1,3%. Ob es im kommenden Jahr wieder aufwärts gehen wird, hänge maßgeblich von weltweiten Maßnahmen gesamtwirtschaftlichen Gegensteuerns ab. Wegen der Tiefe der aktuellen Weltwirtschaftskrise ließe sich erkennen: »Das wird kein schneller Aufschwung, wie wir ihn nach anderen Wirtschaftskrisen beobachten konnten.«¹

Während in den letzten Jahren über das Ausmaß der Globalisierung heftig gestritten wurde, bestätigt diese Wirtschaftskrise gleichsam spiegelbildlich die weltweit vorangeschrittene Vernetzung des Wirtschaftens. Grundsätzlich kann sich in dieser Situation kein Land der Welt dem Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion und damit auch an Arbeitsplätzen entziehen. Allerdings spiegelt sich in der Wirtschaftskrise die unterschiedliche Teilhabe von Ländergruppen an den ökonomischen Vorteilen der Globalisierung gleichsam verkehrt wider. Die reichen Länder, die besonders von der Globalisierung in den letzten Jahren profitiert haben, müssen jetzt auch hohe Wachstumsverluste hinnehmen. So stellt der IWF in seinem »World Economic Outlook« zutreffend fest: »Die sieben größten Industriestaaten werden den mit Abstand schärfsten Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg erleben.« Auch die aufsteigenden Schwellenländer sind betroffen. Allerdings führen in China die Reduktion der zuvor sehr hohen Raten des Wirtschaftswachstums auf ca. 8% und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen zu schweren Belastungen dieser Expansionsgesellschaft. Schließlich verschärft sich in den durch ökonomische Entwicklungsschwäche und Armut gekennzeichneten Entwicklungsländern die Lage katastrophal. Insgesamt ist mit

¹ Internationaler Währungsfonds: World Economic Outlook – Crisis and Recovery, April 2009: <http://www.imf.org/external/index.htm>.

dem weltweiten Einbruch der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der Welthandel zusammengebrochen. Während in den letzten Jahren der Welthandel mit einer doppelt so hohen Wachstumsrate (ca. 8%) gegenüber ca. 4% der Weltproduktion zugenommen hatte, ist dieser mit verheerenden Folgen für die Transportwirtschaft zusammengebrochen. Seit dem Höchststand im Herbst 2008 reduzierte sich der Welthandel bis Februar 2009 um knapp 20%. Als eine der Folgen der Globalisierung zeigt sich erstmals in dieser Deutlichkeit der konjunkturelle Gleichschritt der dominanten Industriestaaten. Durch diese Synchronisation des wirtschaftlichen Abschwungs in den Industriemetropolen fallen die in früheren Phasen einsetzbaren Länder als Konjunkturlokomotiven aus. Daraus ergibt sich eine neue wirtschaftspolitische Schlussfolgerung: Die globale, auf die wirtschaftsstarken Staaten konzentrierte Wirtschaftskrise verlangt eine international koordinierte Expansionspolitik. Protektionismus einiger ökonomisch dominanter Länder, die glauben, sich gegen die Internationalisierung nationale Vorteile durch das Aushungern anderer Länder schaffen zu können, verstärkt am Ende die Krise. Diese Lehre aus der aktuellen Wirtschaftskrise, nämlich nicht auf eine »Beggarmy-Neighbour-policy«, sondern auf internationale Koordination zu setzen, ist, wie zu zeigen sein wird, im Bereich einer fiskalischen Impulspolitik noch viel zu wenig begriffen worden.

Die Wucht des globalen Absturzes zu verstehen und andererseits nach einer Antikrisenstrategie zu suchen, verlangt nach einer ideologiefreien Analyse der Ursachen. Im Kern handelt es sich um eine Krise im Dreierpack: Eine tiefe Konjunkturkrise, die auch strukturelle Überkapazitäten beispielsweise in der Automobil- und Werftenindustrie offenlegt, trifft erstmals in dieser Deutlichkeit mit einer tief greifenden Krise der weltweiten Finanzmärkte zusammen. Dabei schaukeln sich die konjunkturelle und finanzmarktgetriebene Krise wechselseitig mit einer bedrohlichen Gesamtwirkung hoch. Oftmals wird bei der Bewertung der heutigen Rezession die 1929 entbrannte Weltwirtschaftskrise – die große Depression – herangezogen. Dieser Vergleich taugt wenig. Er ist eher Ausdruck der mangelnden Bereitschaft, die heutigen Krisenursachen empirisch zu beschreiben und analytisch zu erfassen. Sicherlich gibt es Parallelen, aber auch durch die vorangeschrittene Globalisierung ausgelöste systemische Unterschiede. Der große Postkeynesianer Axel Leijonhufvud betont deshalb zu Recht: Dies ist »eine Rezession wie keine andere«.² Gegenüber der Weltwirtschaftskrise lassen sich durchaus Elemente eines *neuen Krisentyps* erkennen.

² Axel Leijonhufvud, Eine Rezession wie keine andere; in: Financial Times vom 24.2.2009

Joachim Hirsch

Die Krise des neoliberalen Kapitalismus: Welche Alternativen?

Dass das Auftreten der gegenwärtigen Krise einige Überraschung ausgelöst hat, ist schon erstaunlich. Eigentlich müsste bekannt sein, dass der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche ein im Kern krisenhaftes Gesellschaftssystem darstellt. Es gibt zwar Zeiten relativer Stabilität, doch kommt es in periodischen Abständen zu großen Zusammenbrüchen, die in der Regel dann auch zu grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen führen. Der Kapitalismus nimmt daher – was die Produktionsprozesse, die Klassenverhältnisse und die politischen Institutionen angeht – immer wieder neue Gestalten an.

Kapitalistische Krisen sind im Übrigen niemals nur »ökonomisch« bedingt. Vielmehr sind sie das Resultat sehr komplexer und miteinander in Verbindung stehender ökonomischer, politischer und ideologischer Prozesse. Jede historische Formation des Kapitalismus, die in der Sprache der Regulationstheorie durch ein spezifisches Akkumulationsregime und eine besondere Regulationsweise gekennzeichnet ist, verfügt über ökonomisch-politische Dynamiken, in denen die grundlegenden strukturellen Widersprüche in jeweils besonderer Weise zum Ausdruck kommen.

Daraus folgt, dass jede dieser Formationen ihre spezifischen Krisenprozesse aufweist. Dies gilt auch für den neoliberal-postfordistischen Kapitalismus, der seit den 1980er Jahren nach dem Ende des Nachkriegs-Fordismus durchgesetzt worden war und der, wie sich heute zeigt, keinesfalls das »Ende der Geschichte« bedeutet hat.

Ein Blick zurück

Um die aktuelle Krise verstehen zu können, ist ein kurzer Blick zurück notwendig. Auch die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte zu einer einschneidenden Veränderung des globalen Kapitalismus geführt. Maßgebend dafür war, dass sich schon zuvor, im Gefolge der russischen Oktoberrevolution, die internationalen Kräfteverhältnisse erheblich verschoben hatten. Das Zeitalter der Ost-West-Systemkonkurrenz war angebrochen und dies war eine entscheidende Ursache dafür, dass der Kapitalismus im Gefolge

der Krise für eine Zeit lang ein neues, sozusagen zivilisierteres und soziales Gesicht zu erhalten schien.

Den Anfang dazu machte Roosevelts New Deal in den USA und nach der Niederwerfung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg kam es zu einem allmählichen Ausbau des Sozialstaats in Europa. Die Gewerkschaften wurden als politische Verhandlungspartner akzeptiert und gewannen an Stärke. Mit der Einbeziehung der »Sozialpartner« – also Gewerkschaften und Unternehmerverbände – in staatliche wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungsprozesse wurden korporatistische Verhandlungsmechanismen etabliert. In den kapitalistischen Metropolen entstand der auf Vollbeschäftigungspolitik, Massenproduktion und Massenkonsum beruhende Fordismus.

Möglich war dies allerdings nur deshalb, weil die Herrschenden angesichts des ökonomischen Debakels mit seinen verheerenden politischen Folgen und vor allem unter dem Druck der Ost-West-Systemkonkurrenz zu einigen politischen und sozialen Zugeständnissen gezwungen waren. Damit hatte es eine Zeit lang den Anschein, als habe der Kapitalismus sein goldenes Zeitalter erreicht, gekennzeichnet durch stetiges ökonomisches Wachstum und steigenden Massenwohlstand zumindest in den entwickelten Zentren. Stabile Kapitalprofite und steigende Masseneinkommen schienen miteinander vereinbar geworden zu sein.

Allerdings war auch der Fordismus nur eine Variante des Kapitalismus und deshalb war die Krise auch ihm eingeschrieben. Der fordistische »Traum immerwährender Prosperität« (B. Lutz) war infolgedessen von kurzer Dauer. Die zweite große Krise des 20. Jahrhunderts brach in den 1970er Jahren aus. Die Rationalisierungsspielräume der tayloristisch-fordistischen Arbeitsprozesse begannen sich zu erschöpfen, die Kapitalprofite gingen zurück und damit wurden die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit zu einer Belastung für das Kapital. Die keynesianisch-sozialstaatliche Regulationsweise geriet in Widerspruch zum herrschenden Akkumulationsregime. Der die Nachkriegszeit kennzeichnende, lang anhaltende Wachstumsprozess geriet ins Stocken. Verstärkt wurde die Krise durch das Ansteigen der Rohstoffpreise im Gefolge der drastischen Steigerungen des Rohölpreises, dem wichtigsten Schmiermittel des fordistischen Kapitalismus. Damit stand der Sozialstaat zur Disposition.

Die Reformpolitik der Nachkriegszeit, die ein stetiges ökonomisches Wachstum zur Voraussetzung hatte, verlor ihre Grundlagen und die sozialdemokratisch orientierten Regierungen büßten ihren Rückhalt sowohl bei den herrschenden Machtgruppen als auch in der Wählerschaft ein. Die darauf folgende Regierungsübernahme neoliberal-konservativer Parteien in fast allen wichtigen kapitalistischen Staaten besiegelte das Ende des »so-

Dierk Hirschel

Nach der Krise ist vor der Krise

Schwarzer Konjunkturhimmel

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im freien Fall. Aufträge brechen im Rekordtempo weg. Die Betriebe drosseln die Produktion. Im Maschinenbau sind die Aufträge um mehr als die Hälfte eingebrochen. In der Stahlindustrie sank der Ausstoß auf das Niveau der 1950er Jahre. Die Weltindustrieproduktion, die Aktienkurse und der Welthandel sind seit April letzten Jahres schneller gefallen als in der Großen Depression 1929.

Gleichzeitig stehen die Frankfurter und Münchner Glaspaläste in Flammen. Das deutsche Bankensystem ist akut gefährdet. Die Liquiditätsversorgung stockt. Spätestens im Herbst trifft die Krise mit voller Wucht den Arbeitsmarkt. Viele Leiharbeiter und befristet Beschäftigte wurden bereits entlassen, die Spielräume der Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit etc. sind bald ausgeschöpft. Die dauerhaft schlechten Absatzerwartungen führen dann zu drastischen Anpassungen der Produktionskapazitäten. Es droht ein beispielloser Kapazitätsabbau. In den letzten drei Rezessionen (1981, 1992 und 2001) stieg die registrierte Arbeitslosigkeit jeweils zwischen 1,2 und 1,4 Millionen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Zuwachs diesmal deutlich übertroffen wird.

Die Krise ist teuer. Ein Prozent Wachstumseinbruch führt zu einem volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlust von 25 Mrd. Euro. Die sozialen Sicherungssysteme geraten an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Jeder zusätzliche Arbeitslose kostet rund 20.000 Euro. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um eine Million verursacht Steuer- und Sozialabgabenausfälle sowie zusätzliche Transferausgaben in Höhe von 20 Mrd. Euro. So schmilzt die finanzielle Rücklage der Bundesanstalt für Arbeit innerhalb kürzester Zeit wie Schnee in der Sonne. Schon bald können die gesetzlichen Pflichtleistungen nicht mehr aus Beiträgen finanziert werden. Gleichzeitig drohen jährliche konjunkturbedingte Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe.

Die weltweiten Konjunkturprogramme können die wirtschaftliche Talfahrt bremsen. Nennenswerte Bremswirkungen sind jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu erwarten. Die automatischen Stabilisatoren (Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld etc.) und fallende Rohstoffpreise wirken den

Abtriebskräften entgegen. Die Zinssenkungen und Liquiditätsspritzen der Zentralbanken helfen. Die drohende Kernschmelze des Bankensystems verhindert jedoch, dass die Politik des billigen Geldes auch bei den Unternehmen ankommt.

Ein schnelles Ende der Krise ist nicht in Sicht. Optimisten gehen davon aus, dass es im Herbst 2010 wieder bergauf geht. Stattdessen droht eine Deflation. In den USA sinken zum ersten Mal seit über 50 Jahren die Verbraucherpreise. Sollten jetzt in Europa und Asien die Löhne fallen, dann ist dieser Trend nicht mehr zu stoppen. Die steigende Arbeitslosigkeit wird den Lohndruck massiv erhöhen. Wenn darüber hinaus in der Krise betriebssyndikalistische Strategien – betriebliche Bündnisse für Arbeit etc. – Oberwasser bekommen, dann reißt der Lohnanker. Kommt es zur Deflation, dann droht uns eine Depression, d.h. eine lange Phase des wirtschaftlichen Stillstands.

Während der staatliche Rettungseinsatz auf Hochtouren läuft, diskutiert die Republik über die Brandursachen. Das ist gut so. Eine klare Analyse der Krisenursachen ist die Voraussetzung für einen wirksamen Brandschutz in der Zukunft.

Die Ursachen der Krise

Zunächst ist ein Abschwung nichts Außergewöhnliches. Die Konjunktur kapitalistischer Volkswirtschaften verläuft in Zyklen. Jedem Aufschwung folgt ein Abschwung und umgekehrt.¹

Ungewöhnlich sind Tiefe und Geschwindigkeit der aktuellen Talfahrt. Der bisher stärkste Wachstumseinbruch dieser Republik betrug lediglich 0,9% (1975). Für das laufende Jahr sagen die professionellen Auguren einen fünf- bis siebenmal so starken Absturz (5%-7% Minuswachstum) voraus.

Ein Grund dafür ist, dass es sich um eine dreifache Krise handelt. Erstens haben wir eine Weltwirtschaftskrise. Die Krise erfasst alle Wirtschaftsräume gleichzeitig. Am stärksten trifft die Krise die Exportnationen. Dies gilt insbesondere für den mehrmaligen Exportweltmeister Deutschland. Die deutsche Wirtschaft verkauft inzwischen die Hälfte ihrer Waren und Dienstleistungen ins Ausland. Zweitens verbindet sich die konjunkturelle Talfahrt mit einer historischen Krise auf den internationalen Finanzmärkten. Finanz- und Wirtschaftskrise verstärken sich gegenseitig. Giftige Wertpapiere und

¹ Die konjunkturellen Wendepunkte können durch die Entwicklung der Profitrate (Überakkumulation), oder alternativ der Nachfrage (Unterkonsumtion) erklärt werden.

Jörg Huffschmid

Europäische Perspektiven im Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise

Europa durchlebt gegenwärtig eine Vielzahl von Krisen. Im Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzungen stehen die trotz massiver Stabilisierungsprogramme weiterhin ungelöste Krise der internationalen Finanzmärkte und die sich noch vertiefende Konjunkturkrise – der stärkste ökonomische Niedergang seit der Großen Depression der 1930er Jahre. In diese Krisenprozesse eingewoben sind die akute Strukturkrise in der Automobilindustrie, in der selbst ehemals führende Konzerne um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen, und die dramatische Zuspitzung der Lage in Osteuropa, wo Staaten nur mit massiver internationaler Unterstützung vor dem Bankrott gerettet werden können.

Neben diesen akuten Finanz- und Wirtschaftskrisen gehen die soziale Polarisierung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen weiter. Alle diese Krisenprozesse sind globalen Charakters. Gleichzeitig haben sie nicht nur eine spezifisch europäische Ausprägung, sondern die Institutionen der Europäischen Union – insbesondere die Europäische Kommission, der Europäische Rat und eine nur der Geldwertstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank – tragen Mitverantwortung dafür, dass sie ausgebrochen sind und bis heute nicht wirksam bekämpft werden.

Mittlerweile ist es zu einem Gemeinplatz geworden, dass eine unzureichende Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte wesentliche Faktoren für den Ausbruch und die Tiefe der aktuellen Finanzkrise sind. Diese Diagnose hat die Hegemonie des Neoliberalismus erschüttert – auch wenn er damit noch nicht für überwunden erklärt werden sollte. Aber die Diagnose des Regulierungsdefizits ist weniger als die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit hat es in den letzten 25 Jahren einen intensiven Prozess der *aktiven Deregulierung* der Finanzmärkte durch nationale Regierungen und internationale Institutionen gegeben – angefangen bei die Freigabe der Wechselkurse Mitte der 1970er Jahre, über die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs in den 1980er und 1990er Jahren, die Aufhebung des Glass-Steagall Gesetzes, das die Trennung von Kredit- und Wertpapiergeschäft vorschrieb, in den USA im Jahre 2000, die Quasiprivatisierung der Bankenaufsicht durch Basel II, den »Aktionsplan Finanzdienstleistungen« (1999-2005) in der EU,

bis zu der Zulassung und steuerlichen Förderung spekulativer Finanzinstrumente wie Hedgefonds 2004 in Deutschland.

Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf drei Themen: erstens den Charakter und ökonomisch-gesellschaftlichen Kern der gegenwärtigen Krise als Krise des finanzmarktgetriebenen Entwicklungstyps; zweitens die Rolle der EU bei der Herbeiführung und beim Kampf gegen die Krisen; drittens die wesentlichen Eckpunkte einer alternativen Strategie, die den Kampf gegen die Krise mit Weichenstellungen für einen neuen Entwicklungstyp in Europa verbindet.

Die Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus

Das Zentrum der gegenwärtigen Krisenprozesse bildet ein zunehmend über die Finanzmärkte getriebenes Entwicklungsmodell, das auf einer langfristigen und umfassenden Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Macht von unten nach oben und auf der Auflösung sozialer Solidarität zugunsten der Konkurrenz aller gegen alle beruht. Es ist das Modell der neoliberalen Gegenreform, das Mitte der 1970er Jahre begann, seit Beginn dieses Jahrhunderts weitgehend die Welt dominiert und jetzt in eine tiefe Krise geraten ist – eine Krise, die aber nicht notwendigerweise auch das Ende des neoliberalen Modells bedeutet.

Die ökonomische Umverteilung schlägt sich einerseits in einem langfristigen Rückgang der Lohnquote in allen kapitalistischen Zentren seit Beginn der 1970er Jahre nieder (siehe Abbildung 1). Sie führt dazu, dass bei den Unternehmen und Beziehern hoher Einkommen immer größere Teile der Wertschöpfung ankommen, die aber nicht in gleichem Maße als Investitionen in die materielle Produktion zurückgeschleust werden, weil unten zu wenig Geld übrig geblieben ist, mit dem zusätzliche Produkte gekauft werden können. Der Anteil der Profite an der Produktion steigt, aber die Investitionsquote geht zurück (siehe Abbildung 2).

Die nicht produktiv reinvestierten Gewinne werden stattdessen an den Finanzmärkten von Finanzinvestoren (Investmentbanken, Investmentfonds, Versicherungen und Pensionsfonds) angelegt, die zu zentralen Akteuren im Wirtschaftsprozess geworden sind. Einen erheblichen Beitrag leistete auch die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Alterssicherungssystemen. Hierdurch werden die Rentenversicherungsbeiträge der Beschäftigten eines bestimmten Jahres, die in umlagefinanzierten Systemen unmittelbar zur Finanzierung der Renten in dem gleichen Jahr verwendet werden, für lange Zeit auf die Kapitalmärkte gelenkt, ehe sie als Renten an die EinzahlerInnen

Karl Georg Zinn

Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte

Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen

Die Historie beschert der Bundesrepublik Deutschland ein unglückliches Zusammentreffen: Das erste Jahr der großen Krise fällt mit einem deutschen Superwahljahr zusammen. Die übliche Wahlkampfhektik steht der nüchternen Einschätzung der Dauer der Krise und den Erfordernissen entgegen, die weit reichenden strukturellen Krisenfolgen durch aktive Industriepolitik beherrschbar zu machen. Eine sachgerechte politische Reaktion auf die Krise setzte voraus, dass sowohl alternative Zukunftsszenarien durchgespielt und gegeneinander abgewogen würden, als auch die längerfristigen Ursachen der Krise zu untersuchen wären, um sich vor erneuten Fehldiagnosen der gesamtwirtschaftlichen Lage zu bewahren. Hierbei müsste auch Beachtung finden, dass sich trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Reaktionen erschreckende Parallelen zwischen der Großen Depression der 1930er Jahre und der Gegenwart erkennen lassen.¹ Doch Wahlzeiten sind keine guten Zeiten für Wahrheiten, schon gar nicht für solche, die sich nur erkennen lassen, wenn der Blick weit über die kurze Frist bis zum nächsten Urnengang hinausginge.

Die ohne Not von der Großen Koalition beschlossene Verfassungsänderung zwecks Installierung der so genannten »Schuldenbremse« wird kommende Regierungen in erhebliche Nöte bringen. So wie auch die Verschuldungsgrenze des Maastrichter Vertrages, die vor allem auf Drängen der deutschen Regierung zustande gekommen war, sich als Hindernis für das rechtzeitige, umfassende Gegensteuern in konjunkturellen Abschwungsphasen erwiesen hat. Der wirtschaftspolitische Schwenk zum Staatsinterventionismus, der als Rückkehr zum Keynesianismus ausgegeben wird, bedeutet weder eine grundsätzliche Neuorientierung, noch werden die eigentlichen Ursachen der großen Krise therapiert. Die Wirtschaftspolitik steht unter dem Einfluss der starken Wirtschaftslobby und operiert unter der falschen Voraussetzung, nach Überwindung der Krise ließe sich das alte Wachstumsmuster prinzipiell regenerieren. Der vermeintliche Keynesianismus der aktuellen Wirtschaftspolitik ist nichts als die Instrumentalisierung des Staates im In-

¹ Barry Eichengreen/Kevin H. O'Rourke: A Tale of Two Depressions (www.VoxEu.org).

teresse derjenigen, deren ökonomische Weltanschauung die vergangenen dreißig Jahre dominierte. Weitgehend verkannt wird die Tatsache, dass die gegenwärtig noch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehende Finanzkrise nur die *Folge* der seit etwa drei Jahrzehnten ablaufenden *realwirtschaftlichen* Fehlentwicklungen darstellt.² Die Sanierung der Banken ist nur eine notwendige Voraussetzung, aber nicht hinreichend, um wieder zu einer stabilen Entwicklung zurückzukehren.

1. Der Doppelcharakter der Krise: Finanzkrise und realwirtschaftliche Wachstumskrise

Die Unterschiede in den Einschätzungen und wissenschaftlichen Analysen der Krise spiegeln auch gegenwärtig noch die aus der Vergangenheit bekannten Gegensätze wider. Auf der einen Seite finden sich die Vertreter der »herrschenden Lehre«, die Konservativen und Neoliberalen, auf der anderen diejenigen, die auch schon in früheren Jahren andere Sichtweisen vertraten – vor allem Keynesische Nachfragetheoretiker,³ aber auch ökologisch motivierte Wachstumsskeptiker.⁴ Die in Europa, insbesondere aber in Deutschland vorherrschende Krisendeutung hält an der verengten Vorstellung fest, die Krise sei eine schwere Finanzkrise, und demgemäß werden die realwirtschaftlichen Probleme als Folgen der Finanzkrise wahrgenommen. Von dreißig Jahren Überakkumulation ist hingegen nichts zu hören, und die extremen Überkapazitäten – nicht nur der globalen Automobilindustrie – sind (fast) kein Thema. Diese unzulängliche Krisendeutung erklärt die extreme

² Es stellt sich nämlich die grundlegende Frage, was die Ursache der Finanzkrise war/ist. So kann auch in der Großen Depression von 1929 an der Zusammenbruch der Finanzmärkte auf vorhergehende realwirtschaftliche (Fehl)Entwicklungen zurückgeführt werden. Vgl. James Livingston: *Their Great Depression and Ours*, in: *Challenge*, vol. 52, No. 3, May-June 2009, S. 34-51; John Bellamy Foster/Fred Magdoff: *The Great Financial Crisis: Causes and Consequences*, New York 2009; dieselben: *Implosion des Finanzmarktes und Stagnation. Zurück zur Realwirtschaft*, Hamburg 2009 (Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 2/2009).

³ Als hierfür repräsentatives Beispiel vgl. IMK-Arbeitskreis Finanzkrise: *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I). Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann*, IMK Report Nr. 38, Mai 2009 (www.imk-boekler.de).

⁴ Vgl. Thomas Sauer/Silke Ötsch/Peter Wahl (Hrsg.): *Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus* (Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac), Hamburg 2009; Donella Meadows/Jørgen Randers/Dennis Meadows: *Limits to Growth. The 30-Year Update*, London/Sterling, VA (2005), Reprint 2008.